

# Stell dir vor die Kommune lädt zum Austausch ein und alle sind gemeint

Ariane Kehr

## Die Robert Bosch Stiftung gibt Handlungsempfehlungen zur Stärkung kommunaler Beteiligung von Zugewanderten im ländlichen Raum

*In Zusammenarbeit mit der Universität Hildesheim führt die Robert Bosch Stiftung seit 2017 Bedarfsanalysen zum Thema Integration im ländlichen Raum durch und gibt seit 2018 Handlungsempfehlungen für Kommunen und ihre Akteur\*innen heraus. Die jetzt (2021) neu erschienene Handlungsempfehlung „Kommunale Beteiligung von Zugewanderten in ländlichen Räumen. Mitmachen, Mitgestalten, Mitbestimmen?!“ gibt Rat zur Verbesserung von politischer Beteiligung vor Ort.*

### **Austausch, Vernetzung und Vertretungsgremien**

Von entscheidender Bedeutung ist laut Kurz-Studie die enge Zusammenarbeit zwischen kommunaler Verwaltung, Zugewanderten, hauptamtlichen Akteur\*innen und Ehrenamtlichen. Nur durch einen engen Kontakt und regelmäßigen Austausch ist die Schaffung von inklusiven Beteiligungsformaten möglich. Wer regelmäßig miteinander spricht, kann ein bedarfsorientiertes Beteiligungs-, Beratungs- und Weiterbildungsangebot für Zugewanderte, Ehrenamtliche und Verwaltungsangehörige anbieten.

Fakt ist, dass indirekte und alternative Beteiligungsformate wie Beiräte oder informelle Plattformen und Netzwerke das fehlende Wahlrecht vieler Zugewanderte nicht ersetzen können. Dennoch bieten solche formalisierten Gremien die Möglichkeit, an politischen Debatten in der Kommune beteiligt zu sein. Darüber hinaus ist die Konzeption der Beiräte entscheidend, denn wenn sie auch Mitentscheidungskompetenz, z. B. über Haus-

haltsmittel, haben, können sie so zu wirklicher Teilhabe beitragen.

### **Überwindung paternalistischer und kulturalisierender Zuschreibungen**

In der Kurz-Studie werden weitere Erfolgsfaktoren für die Beteiligung vor Ort in der Überwindung von paternalistischen Strukturen und kulturalisierenden Zuschreibungen beschrieben. Kulturalisierend bzw. Kulturalisierung meint die

starke Hervorhebung der „Kultur“ eines Menschen als vermeintliche Erklärung für dessen Handeln. Diese Strukturen sollten nicht nur durch einen persönlichen Reflexionsprozess abgebaut werden, sondern mit Hilfe von diskriminierungskritischer Organisationsentwicklung auch innerhalb von Verwaltungsstrukturen, zivilgesell-

schaftlichen Organisationen und bei politischen Entscheidungsträger\*innen und ihren Parteien. Diskriminierungskritische Organisationsentwicklung (DO) verfolgt



das Ziel Verschiedenheit und Gleichberechtigung in Organisationen zu ermöglichen. Es unterscheidet sich von Ansätzen des Diversity Managements und der interkulturellen Öffnung durch einen ganzheitlicheren Ansatz vom Verständnis von Vielfalt, insbesondere der Verschränkung und Veränderlichkeit von Diversitätskategorien (Intersektionalität) und der Prävention von Benachteiligung.

Des Weiteren ist es laut der Studie wichtig, dass Kommunalverwaltungen die Gründung von Migrant\*innenorganisationen unterstützen. Ihr Potenzial für eine verbesserte Vernetzung mit Migrant\*innen, als Anlaufstelle für viele komplexe Themen und insbesondere für die Gewährleistung von Mehrsprachigkeit und damit Erleichterung des Zugangs zu Informationen und Teilhabestrukturen wird noch zu wenig von Seiten der Verwaltungen anerkannt.

Zusätzlich wird in der Studie auf die Rolle von engagierten Einzelpersonen eingegangen. Diese Rolle bringt sowohl Vor- als auch Nachteile. Die Knotenfunktion von Einzelpersonen bietet zwar Stabilität in der Weitergabe von Informationen, aber sie birgt auch das Risiko, dass andere Interessen weniger repräsentiert werden.

### **Blick auf Schleswig-Holstein**

Die in einigen Kreisen und Kreisfreien Städten schon bestehenden, themenspezifischen runden Tische, z. B. der Runde Tisch Arbeit im Kreis Plön und die allgemeinen Foren oder Koordinierungsrunden zum Kennenlernen und Informationsaustausch, sind dementsprechend ein Schritt in die richtige Richtung. Wichtig ist dabei nicht allein, dass solche Austauschformate regelmäßig und verlässlich stattfinden und moderiert werden, sondern auch, dass die Ergebnisse und Anliegen an die zuständigen Stellen und politisch Verantwortlichen herangetragen werden. Vor diesem Hintergrund kommt den in Schleswig-Holstein bei den Kreisverwaltungen angesiedelten Koordinierungsstellen für Integration und Teilhabe (KIT-Stellen) eine wichtige Schlüsselrolle zu.

### **Covid-19-Pandemie und Digitalisierung**

In der Kurz-Studie der Robert Bosch Stiftung wird zwar nicht auf die Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie eingegangen, die viele Treffen und Austauschformate auf kommunaler Ebene

verhindert hat. Doch beispielsweise hat der Kreis Ostholstein die Chancen der Digitalisierung bereits früh und gut genutzt, um Verwaltung, Zugewanderte sowie Haupt- und Ehrenamtliche in einen neuen Austausch zu bringen und Verbindungen zu erhalten.

Digitale Formate bieten im ländlichen Raum Schleswig-Holsteins, der über kein gutes öffentliches Nahverkehrsnetz verfügt, und auch bei zunehmend weniger pandemiebedingten Einschränkungen eine inklusivere Möglichkeit zur Verbesserung der politischen Beteiligung vor Ort. Eine aktive und inklusive Förderung der politischen Teilhabe von Seiten der Verwaltung bleibt für die Wirksamkeit der Beteiligung von Zugewanderten im ländlichen Raum Grundvoraussetzung.



### **Neubeginn im Kreis Pinneberg und in der Stadt Mölln**

Im Rahmen der AMIF-Projektpartnerschaft „Transparenz und Respekt“ (<https://www.frsh.de/index.php?id=332>) engagieren sich in Schleswig-Holstein zwei Projekte für die Verbesserung von migrati onsspezifischen Partizipationsstrukturen in Kommunen.

Das Teilprojekt „Neue Heimat – Räume für Begegnungen und interkulturelles Handeln“ beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. hat sich zusammen mit der Kreisverwaltung Pinneberg und in der Stadt Mölln mit der Integrationsbeauftragten der Stadt und dem Verein Miteinander Leben e.V. auf den Weg für inklusivere Austauschrunden gemacht. Zusammen bieten wir Gesprächsrunden in Form von Workshops zum Thema politische Beteiligung an. Für weitere Informa-

tionen kontaktieren Sie bitte Ariane Kehr ([neue-heimat@frsh.de](mailto:neue-heimat@frsh.de)).

### **Migrantische Selbstorganisation im Kreis Segeberg und in Kiel**

Ebenfalls aktiv im Bereich der politischen Beteiligung ist das AMIF-Teilprojekt „WIR STIMMEN- Räume für gemeinsames Lernen, Umsetzen und Veränderung“, das Migrant\*innen auf ihrem Weg, als Gruppen zivilgesellschaftlich aktiv zu werden, begleitet. Träger ist die Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V. Das Teilprojekt arbeitet aktuell mit einer Gruppe in Kiel und einer großen Gruppe, bestehend aus Vertreter\*innen aus fünf Kommunen, im Kreis Segeberg. Sie alle

wollen sich und ihre Perspektiven längerfristig in den politischen Prozess einbringen. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte Natalie Demmer oder Ghader Al Holu ([demmer@boell-sh.de](mailto:demmer@boell-sh.de), [al.holu@boell-sh.de](mailto:al.holu@boell-sh.de)).

Quelle: aus der Kurz-Expertise des Land. Zuhause.Zukunft-Programms der Robert-Bosch-Stiftung 2021: <https://www.land-zuhause-zukunft.de/publikationen/kommunale-beteiligung-von-zugewanderten-in-laendlichen-raeumen-mitmachen-mitgestalten-mitbestimmen/>

Ariane Kehr ist Mitarbeiter\*in beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.